

SPD Fraktion Carlsberg-Hertlingshausen

Stephan Schenk; Kurweg, 39; 67316 Carlsberg

Tel.: 06356/96250-0; Mail: kontakt@naturfreundehaus-rahmenhof.de



RHEINPFALZ

Redaktion Grünstadt

16. Januar 2020

Artikel „Der Protokoll-Protest“

Stellungnahme zu den Aussagen von Herrn Rüttger in der RHEINPFALZ Ausgabe vom 03.03.2022:

bekanntlich hat die SPD Fraktion die Ratssitzung am 23.02. unter Protest verlassen. Herrn Rüttger wurde in dem oben genannten Artikel sehr viel Raum gegeben, um seine Sicht der Dinge darzustellen. Allerdings greift seine Darstellung in Teilen viel zu kurz und ist daher nicht geeignet, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ein vollumfängliches Bild der diesbezüglichen Entscheidung der SPD Fraktion machen können.

Zunächst einmal bleibt festzuhalten, dass es keineswegs so ist, dass nur die Oppositionsfraktion der SPD im Carlsberger Gemeinderat bereits mehrfach das Fehlen oder die viel zu späte Übermittlung von Protokollen von Rats- und Ausschusssitzungen beklagt hat; der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Ingo Bellin, hat dies in den August-Sitzungen des Jahres 2021 das letzte Mal bemängelt. Leider lässt sich dieser Sachverhalt aber eben auch nicht ohne Weiteres aus dem Protokoll der Ratssitzungen vom 17.08.2021 nachvollziehen ...

Womit wir beim eigentlichen Thema sind:

Es liegt vielleicht nahe, unser Verhalten bei der letzten Carlsberger Ratssitzung am 23.02., in der wir, wie auch im Verbandsgemeinderat Leiningerland, in der Opposition sind, als politisches „Klein-Klein“ abzutun. Dem ist sicherlich nicht so. Fehlende Protokolle berühren in der Gemeindeordnung (GemO) gesetzliche verbriefte Rechte aller Rats- und Ausschussmitglieder aller Fraktionen in allen Räten und allen Ausschüssen im Leinigerland.

Und da Herr Rüttger in seinen Ausführungen im obigen Artikel die eine oder andere Nebelkerze geworfen hat, versuchen wir von unserer Seite dann eben, diesen Nebel ein wenig zu lichten und zu verdeutlichen, dass das Fehlen oder die verspätete Übermittlung von Protokollen eben kein lässlicher Lapsus der Verwaltung ist.

1. Herr Rüttger hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass Sitzungsprotokolle gemäß §26 Abs. 4 GemO nach vier Wochen vorliegen „sollen“. Natürlich weiß er sehr genau, dass eine solche „Soll“-Bestimmung in einem Gesetzestext eine andere Bedeutung als im „herkömmlichen“ Sprachgebrauch hat. Dieses „Soll“ in der GemO bedeutet nämlich konkret, dass die Verwaltung lediglich in Ausnahmefällen von dieser Bestimmung abweichen darf. Leider müssen wir feststellen, dass das Fehlen oder die verspätete Übermittlung von Protokollen sehr regelmäßig erfolgt. Damit handelt es sich auch nicht um einen Ermessensfehler. Das ist ein klarer Verstoß gegen geltendes Recht. Und, dieser Hinweis an die Verwaltung muss an dieser Stelle erlaubt sein, hilfsweise auch gerichtlich angreifbar. Weitere Hinweise auf den §26 Abs. 5 GemO und die Auswirkungen fehlender Protokolle im Hinblick auf diesen Sachverhalt ersparen wir uns an dieser Stelle.
2. Die Aussage von Herrn Rüttger, dass lediglich zwei Mitarbeiter:innen in der Verwaltung für den Sitzungsdienst zuständig sind und leider, leider, die Kommunalaufsicht keine weitere Stelle in diesem Bereich genehmigt, darf man ebenfalls hinterfragen. Eines vorneweg: unsere Kritik richtet sich ausdrücklich nicht gegen die mit dieser Aufgabe betrauten Menschen in der Verwaltung.

Der Ruf nach einer weiteren Stelle seitens Herrn Rüttger ist aus mehreren Gründen allerdings ziemlich billig: wenn Herr Rüttger von Seiten der Kommunalaufsicht tatsächlich, wie von ihm dargestellt, auf Antrag eine weitere Stelle im Bereich des Sitzungsmanagements verwehrt bekommen hat, muss man diese Aussage natürlich ebenfalls genauer beleuchten. In Konsequenz bedeutet das letztendlich nur, dass die Kommunalaufsicht der Auffassung ist, dass die Verbandsgemeinde Leiningerland personell ausreichend gut ausgestattet ist, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Wenn man das unwidersprochen stehen lassen möchte, bleibt konsequenterweise nur noch, der Verbandsgemeinde ein Organisationsversagen zu unterstellen. Und die Organisation der Verwaltung obliegt nun einmal dem Bürgermeister.

Es gibt aber noch eine weitere Lesart: es scheint für Herrn Rüttger ein Leichtes gewesen zu sein, die zusätzliche Stelle des Pressesprechers gegenüber der Kommunalaufsicht mit der Pflichtaufgabe der VG im Bereich „Öffentlichkeitsarbeit“ argumentativ zu untermauern. Offensichtlich scheint er aber nicht genügend Argumente gegenüber der Kommunalaufsicht gefunden zu haben, um das aus seiner Sicht benötigte zusätzliche Personal für das Sitzungsmanagement gegenüber der Kreisverwaltung durchzusetzen. Das ist dann leider nicht nur eine Frage falsch gesetzter Prioritäten seitens Bürgermeister Rütter: wenn ein Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit fehlt, mag das aus Sicht der Verwaltungsspitze beklagenswert sein, wenn aber aufgrund fehlender Mitarbeiter im Sitzungsmanagement Rechtsverstöße begangen werden, ist das ein gänzlich anderes und durchaus gewichtigeres Thema.

Zur Fraktionsarbeit:

Herr Rüttger muss uns nicht darüber aufklären, wie Fraktionsarbeit funktioniert und wie der Informationsfluss innerhalb der Fraktion zu organisieren ist. Vielleicht hilft zunächst einmal eine sehr profane Feststellung: alle Rats- und Ausschussmitglieder nehmen ihre mit dem Mandat oder ihrer Ausschusszugehörigkeit verbundenen Aufgaben ehrenamtlich wahr. Da kann es schon mal vorkommen, dass berufliche oder private Gründe einer Fraktionssitzung entgegenstehen und aufgrund fehlender Protokolle der Informationsfluss gerade eben nicht mehr gewährleistet ist. Stimmt schon: Bürgermeister Majunke bemüht sich, den Fraktionen anhand seiner Notizen

von Ausschusssitzungen, sollte keine Schriftführung der VG anwesend gewesen sein, wenigstens eine Arbeitsgrundlage zu verschaffen. Diese Notizen sind hilfreich, aber sicherlich nicht „das amtliche Dokument, das hilfsweise vor Gericht als Beweismittel herangezogen werden kann“. Vor einer Weitergabe an die entsprechenden Rats- und Ausschussmitglieder stehen laut Herrn Rüttger noch „evtl. notwendige Korrekturen“ seitens des Sitzungsmanagements der Verwaltung. Ebenfalls eine spannende Aussage des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde:

1. Glücklicherweise sind in den meisten Sitzungen der Ortsgemeinde in der Zwischenzeit Schriftführer:innen anwesend.
2. Richtigerweise hat Herr Rüttger ausgeführt, dass in der Regel nur Ergebnisprotokolle der Sitzungen geführt werden.
3. „Notwendige Korrekturen“ an Sitzungsprotokollen sind entbehrlich: wir sind als Rats- oder Ausschussmitglieder durchaus in der Lage, Einwendungen zu einer Niederschrift selbst vorzubringen; wir waren bei den Sitzungen schließlich dabei. Diese Arbeitsentlastung sichern wir Herrn Rüttger und der Verwaltung sofort zu. Notwendige Voraussetzung: die Niederschriften müssen zeitnah vorliegen. Im Übrigen verweisen wir auch an dieser Stelle auf den §26 Abs. 5 GemO.
4. Natürlich gibt es auch Anliegen an die Verwaltung, bei denen wir oder andere Fraktionen darum bitten, diese Informationen der Niederschrift beizulegen. Das ist aber keine Korrektur der Niederschrift, darf manchmal auch länger dauern, den eigentlichen Prozess der Weitergabe der Niederschrift aber keinesfalls über das gesetzlich zulässige Maß verlängern.

Möglicherweise viel wichtiger ist aber noch eine andere Tatsache: Demokratie lebt von Transparenz. Und gerade die Protokolle öffentlicher Sitzungen müssen aus unserer Sicht sehr zeitnah im Informationsportal der VG veröffentlicht werden, damit sich interessierte Bürger:innen ein Bild machen können, auf welcher aktuellen Grundlage die Räte und Ausschüsse im Leiningerland zu ihren Entscheidungen gekommen sind. Im Moment braucht die Verwaltung aus den von Herrn Rüttger ausgeführten Gründen ca. 3 Monate zwischen Sitzungstermin und Niederschrift.

Der Versuch eines Fazits:

Zumindest wir als SPD Fraktion Carlsberg sind, gerade weil wir und andere die Verwaltung im Allgemeinen und Herrn Rüttger im Besonderen über Jahre bereits mehrfach auf bestehende Missstände hingewiesen haben, nicht mehr bereit, sehenden Auges weitere Verstöße der Verwaltungsspitze gegenüber den Rechten von Rats- und Ausschussmitgliedern, unabhängig von welcher Fraktion, hinzunehmen. Bisher haben wir nur im Rat der Ortsgemeinde Carlsberg entsprechend Flagge gezeigt.

Herr Rüttger formuliert in dem Artikel, dass die Verwaltung „schneller werden müsse“. Korrekt.

Falls das nicht ausgesprochen zeitnah geschieht, wird die SPD in Carlsberg und auch auf anderen Ebenen dafür sorgen, dass die Verwaltung in diesem Bereich schneller werden wird.

Einige Beispiele:

19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 7.12.2021 – Protokoll zugegangen am 18.02.2022

20. Gemeinderatssitzung vom 15.12.2021 - Protokoll fehlt.

Gemeinschaftssitzung des Gemeinderates, Haupt- und Finanzausschusses und des Bau- und Umweltausschusses der Ortsgemeinde Carlsberg Datum: 14.02.2022 – Protokoll fehlt

20. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gemeinsam mit dem Bau- und Umweltausschuss der Ortsgemeinde Carlsberg Datum: 15.02. – Protokoll fehlt

21. Sitzung des Gemeinderates der Ortsgemeinde Carlsberg Datum: 23.02.2022 Uhrzeit: 19:30 Uhr Raum: Bürgerhaus Carlsberg, Carlsberg-Hertlingshausen - Protokoll fehlt